



Sechs der 15 Mitglieder der Reflexionsgruppe um Kamy May (CVPU, dritte von links) und Matteo Abächerli (CVPO, dritter von rechts) präsentierten ihre Vorschläge.

Quelle: pomona.media/Alain Amherd

VERFASSUNGSRAT

Ein überparteiliches Komitee für die kantonale Einheit

Verfassungsräte aus dem Ober- und Unterwallis sorgen sich um den Zusammenhalt. Und wollen handeln. Dabei entsteht wenig Überraschendes.

[Adrien Woeffray](#)



Am Dienstagabend, kurz nach dem Ende der ersten Session zur ersten Lesung des Verfassungsvorentwurfs, trat rund ein Dutzend Verfassungsräte vor die Medien. Von der CSP bis zur SVP, vom Unterwallis zum Oberwallis, aus den Ballungszentren zu den Berggemeinden: Die Verfassungsräte einte ein Punkt: die Sorge um den kantonalen Zusammenhalt.

Dazu haben sich die Verfassungsräte zu einer Reflexionsgruppe zusammengeschlossen und Überlegungen zu jenen Punkten angestellt, die die kantonale Einheit betreffen. Mit einem klaren Ziel: «Der kantonale Zusammenhalt soll nicht nur weiter bestehen, sondern gestärkt werden», sagte Kamy May (CVPU).

Eine Auflistung der Überlegungen:

Territoriale Organisation

Die Mehrheit des Verfassungsrats sieht vor, die 13 Bezirke durch sechs Regionen zu ersetzen. Dies unterstützt die Reflexionsgruppe. Die Regionen würden sich in ihrem Aufbau mit einem städtischen Zentrum und Seitentälern und Bergdörfern immer wie

stärker angleichen. Auch das Verhältnis zwischen der Anzahl deutsch- und französischsprachiger Regionen entspreche dem Verhältnis der Bevölkerung.

Gemeinden

«Grundsätzlich soll der Kanton Gemeindefusionen ermutigen, aber nicht erzwingen», sagte Flavio Schmid, Verfassungsrat der CSPO. Hingegen stört sich die Reflexionsgruppe an der vorgeschlagenen Mindest- und Höchstanzahl von Gemeinderäten. Das Plenum stimmte für Gemeinderäte mit mindestens fünf und maximal neun Gemeinderäten. Obwohl die Anzahl betroffener Gemeinden relativ klein sei, entspreche eine Anpassung nicht den regionalen Begebenheiten und sei ein Eingriff in deren Autonomie. Über die Einführung eines Generalrats für Gemeinden mit über 5000 Einwohnern sollten die betroffenen Gemeinden selbst bestimmen können.

Staatsrat

Der Verfassungsrat hatte sich für eine Erhöhung von fünf auf sieben Mitglieder ausgesprochen – und für die Proporz- statt Majorzwahl. «Grundsätzlich sind alle Optionen gangbare Lösungen», sagte François Quennoz (SVPU). Die Effizienzsteigerung der Exekutive bei einer Aufstockung würde die Mehrkosten kompensieren, der Proporz zwar regionale Garantien verunmöglichen, dafür eine bessere Vertretung der politischen Parteien gewährleisten.

Kantonsgericht

Seit 1960 müssen mindestens zwei der elf Kantonsrichter deutschsprachig sein. Daran solle sich nichts ändern. «Die gute Vertretung beider Sprachen und beider Sensibilitäten soll gewährleistet werden», sagte Romano Amacker, SVPO.

Nationale Behörden

Während die Vertretung im Nationalrat durch den Bund geregelt wird, gebe es beim Ständerat ein wenig Spielraum. Für den kantonalen Zusammenhalt sei es deshalb vorteilhaft, die Vertretung beider Sprachen sicherzustellen. Was niemand aussprechen wollte: De facto verlangte die Reflexionsgruppe damit eine Sitzgarantie für das Oberwallis.

Grosser Rat

Die grösste Überraschung des Abends waren die Gedanken zum Grossen Rat. Weder an der Anzahl Grossräte noch an der Anzahl Suppleanten solle sich etwas ändern, jeweils 130 sollen es bleiben. Und, überraschend: Es soll keine Sitzgarantien geben. Weder fixe noch andere Verteilungsmodelle, die Minderheiten einen Vorteil gewähren würden. «Sitzgarantien sind nicht zielführend», sagte Abächerli, «das hat die Verfassungsrevision R21 gezeigt.» Hingegen solle die Verteilung nicht wie vom Plenum vorgeschlagen nach der Gesamtbevölkerung geschehen, sondern wie bisher nach der Schweizer Bevölkerung. Quasi ein Zugeständnis für ein anderes.

Die Arbeit der Gruppe – die nicht abschliessend, sondern Grundlage für Debatten sein soll – fand unter dem Titel «Für ein geeintes und solidarisches Wallis» statt, zwei Schlagworten aus dem linken Parteienspektrum. Diese fehlten an der Pressekonferenz aber gänzlich, wie in der Reflexionsgruppe auch. Man habe zuerst nach einem gemeinsamen Nenner gesucht, sagte Kurz Regotz (CSPO). Der scheint bürgerlich.

Die Reflexionsgruppe bekräftigt aber, mit allen Parteien zusammenarbeiten zu wollen. Damit eine Verfassung für den ganzen Kanton entsteht.

[Adrien Woeffray](#)

08.09.2021, 10:00 Uhr



Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein

MEHR ZUM THEMA

Verfassungsrat Kantonale Einheit Kantonsverfassung Matteo Abächerli
Romano Amacker Flavio Schmid Kurt Regotz François Quennoz Kamy May

Anzeige

KOMMENTARE

Schreiben Sie einen Kommentar...

Wir freuen uns auf Ihren Kommentar unter Berücksichtigung der Regeln. Alle Kommentare werden vor der Veröffentlichung überprüft.

[Kommentar abschicken](#)

Es existieren noch keine Kommentare zu diesem Beitrag.

Weitere Meldungen in dieser Rubrik